Ausgabe 10 | November 2014

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit einem Jahr schreibe ich nun aus Gemünden UND Berlin meinen monatlichen Newsletter. Begonnen habe ich damit bereits im Wahlkampf, genauer: im Februar 2013. Damals konnte ich mir nicht vorstellen, wie das so ist, Bundestagsabgeordneter zu sein.

Umso mehr freue ich mich, Euch erneut hoffentlich viel Interessantes aus Unterfranken UND Berlin auf den kommenden Seiten präsentieren zu können.

Ich freue mich auf den Austausch mit Euch, auf Rückmeldungen und Anregungen – auf diesen Newsletter genauso wie auf Beiträge auf meiner Homepage und auf facebook!

Herzliche Grüße

Meine Rede im Bundestag

Am 16. Oktober sprach ich für die SPD-Fraktion im Parlament zum Thema Tarifeinheit – einem meiner Fachgebiete im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Es gab einige Zwischenrufe und Fragen, es ging also ordentlich zur Sache. Diese und alle anderen Reden finden Sie auf meiner Homepage **bernd-ruetzel.de**! Reinklicken und reinschauen!

INHALT

2 … Bio & Breitband, Schülerinnen & Schüler

4 … SuedLink & Mittelstand

6 … KLARTEXT: Karenzzeiten

9 … Lisas Post aus den USA

10 .. Vor Ort: Schnappschüsse, Gedenktafel für jüdischen Soldaten

KONTAKT

Bürgerbüro Gemünden
Obertorstraße 13
97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563
Fax 09351 6058298
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 227 73434
Fax 030 227 76433
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

Aus dem PARLAMENT

BREITBANDAUSBAU VORANTREIBEN

Die Koalitionsfraktionen haben sich beim Ausbau der digitalen Infrastruktur ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Wir wollen, dass bis Ende 2018 in ganz Deutschland Hochgeschwindigkeitsbandbreiten von mindestens 50 Megabyte pro Sekunde verfügbar sind. Eine digitale Spaltung zwischen gut versorgten Ballungsräumen auf der einen und abgehängten ländlichen Gebieten auf der anderen Seite können wir nicht länger zulassen.

Wir streben eine optimale Kombination aus guten Festnetz- und Mobilfunkanbindungen mit flächendeckend hohen Geschwindigkeiten an. Zudem fordern wir, dass die Bundesregierung mit den Ländern einen nationalen Konsens zum Breitbandausbau anstrebt. Vor allem die Ausgestaltung von Förderprogrammen und die weitere Frequenzplanung muss dringend abgestimmt werden. Wir bleiben dran!

Folge mir auf facebook
(auch ohne facebook-Konto!):
www.facebook.com/BerndRuetzelMdB

MEHR BIO: ÖKOLANDBAU STÄRKEN

Die Nachfrage nach Lebensmitteln aus ökologischem Anbau steigt in Deutschland seit Jahren. In Supermärkten, Bio- und Hofläden und auf Wochenmärkten werden rund 7,55 Milliarden Euro mit Biolebensmitteln umgesetzt.

Der deutsche Biomarkt ist mit Abstand der größte Europas. Mittlerweile macht der Ökolandbau 6,4 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland aus. Der Ökolandbau ist auf Nachhaltigkeit ausgerichtet: Neben der Produktion gesunder Lebensmittel von hochwertiger Qualität erhält und schont er die natürlichen Ressourcen. Die SPD-Bundestagsfraktion will Ökolandbau stärken.

Ökolandbau nicht ausbremsen

Der Vorschlag der EU-Kommission zur Reform der Öko-Verordnung birgt jedoch wegen überzogener Anforderungen die Gefahr, das Wachstum ökologischer Produktion und des Ökolandbaus auszubremsen. Die Biobranche benötige auch künftig einen angemessenen und verlässlichen Rechtsrahmen, und die Regelungen dürften nicht verwässert werden, da eine verlässliche Kontrolle maßgeblich für das Verbrauchervertrauen sei, heißt es in der Entschließung. Diese haben die Koalitionsfraktionen auf Initiative der SPD-Fraktion vorgelegt.

Die Verhandlungen zur Öko-Verordnung sollen in der zweiten Jahreshälfte 2015 abgeschlossen werden. Wir bleiben dran und sorgen dafür, dass der Bio-Anbau in Deutschland nicht nur eine Zukunft hat, sondern noch stärker wird als bisher.

SCHNAPPSCHUSS

In Berlin traf ich mit Dr. Axel Reimann, dem Präsidenten der Deutschen Rentenversicherung, und mit Direktorin Gundula Roßbach zusammen, um aktuelle Themen zu besprechen.

Aus dem
PARLAMENT

MEINE SCHÜLER-WOCHE IN BERLIN

Mitte Oktober konnte ich binnen einer Woche insgesamt über 100 Schülerinnen und Schüler in Berlin begrüßen. Nachdem ich am Montag eine 10. Klasse der Maria-Ward-Schule aus Würzburg im Reichstagsgebäude traf, führte ich Mittwoch und Donnerstag weitere Gespräche mit Schülerinnen und Schülern aus meiner Region.

Auf meine Einladung hin waren neben der Maria-Ward-Schule eine 10. Klasse der Rexroth-Realschule aus Lohr am Main, je eine 9. Klasse der Mittelschule Burgsinn und der Realschule Arnstein sowie Schülerinnen und Schüler der David-Schuster-Schule aus Würzburg auf Berlin-Reise.

Viele der Schülerinnen und Schüler waren zum ersten Mal in Berlin und für die meisten war es die erste konkrete Begegnung mit dem Thema Politik und mit einem Abgeordneten. Ich freue mich immer auf die Gesprächstermine mit den Schulen – nicht nur, weil sie eine Abwechslung im Berliner Sitzungs-Alltag darstellen, sondern vor allem weil der direkte Kontakt Hemmschwellen und Vorurteile abbaut. Für die fünf jeweils einstündigen Gespräche nahm ich mir deshalb in dieser Woche gerne die Zeit.

Die Gespräche sind stets sehr offen. Es werden mir politische Fragen gestellt, aber auch solche zur Höhe meines Einkommens oder meinem Lebenslauf. Eine Antwort erhalten die Schüler von mir auf jede Frage.

10. Klasse der Maria-Ward-Schule aus Würzburg

9. Klasse der Michael-Ignaz-Schmidt Realschule Arnstein

10. Klasse der Rexroth-Realschule aus Lohr am Main

SchülerInnen der David-Schuster-Realschule Würzburg

9. Klasse der Mittelschule Burgsinn

Folge mir auf facebook (auch ohne facebook-Konto!): www.facebook.com/BerndRuetzelMdB

Aus dem
PARLAMENT

SUEDLINK: GESPRÄCH MIT VIZE-PRÄSIDENT DER NETZAGENTUR

Gemeinsam mit meinem CSU-Kollegen Alexander Hoffmann habe ich mich mit dem Vizepräsidenten der Bundesnetzagentur, Peter Franke, zum Gespräch getroffen. Thema war wieder einmal die Stromtrasse SuedLink, über deren konkreten Trassenverlauf die Bundesnetzagentur auf Antrag der Betreiberfirma TenneT entscheiden wird.

Wir sehen uns als Anwälte der Region und unserer Natur. Es ist uns daran gelegen, mit sachlichen Argumenten unser Anliegen zu vertreten. Ein Recht des Lauteren darf es nicht geben. „Wir sehen nicht, dass der bestmögliche Streckenverlauf durch den Sinn-, Saale- und Werngrund führt“, erläuterte Alexander Hoffmann. Das Sinntal sei zu schmal, und entlang der dortigen ICE-Trasse gebe es diverse Tunnel und Brücken. Dies, bestätigte Peter Franke von der Bundesnetzagentur, widerspricht dem gesetzlich gebotenen Bündelungsgebot. Es werde deshalb eine Trassenführung durch dünn besiedeltes Gebiet mit möglichst wenigen Raumwiderständen angestrebt.

Bis Mitte Dezember dieses Jahres wird Netzbetreiber „TenneT“ einen formellen Antrag bei der Bundesnetzagentur einreichen. Danach beginnt die Bundesfachplanung, erläuterte Peter Franke das Verfahren.

Wir haben ihn auf die Diskussion zur möglichen Erdverkabelung angesprochen. Hier zeichnet sich eine Ausweitung ab. Bislang war vorgesehen, bis zu zehn Prozent der Strecke unterirdisch verlaufen zu lassen. Allerdings verursache Erdverkabelung, so Peter Franke, einen noch deutlich größeren Eingriff in die Landschaft als eine überirdische Leitung.

Unverrückbar ist für ihn der Bedarf für SuedLink: „Die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien im Rahmen der Energiewende stehen fest und sind ohne die Anteile an Windenergie aus dem Norden nicht zu erreichen. Die SuedLink-Trasse hat die Funktion, die riesige Menge an Windstrom vom Norden in den wirtschaftlich starken Süden zu transportieren.“

Mit dem Gesprächsverlauf waren Alexander Hoffmann und ich zufrieden. Wir sind sehr zuversichtlich, dass wir unsere vielen guten Argumente, den Trassenverlauf nicht in den Sinn-, Saale- und Werngrund zu verschieben, an der richtigen Stelle vorgebracht haben.

Aus dem
PARLAMENT

SPD-BUNDESTAGS-FRAKTION VOR ORT IN UNTERFRANKEN

Auf der Podiumsdiskussion in der Reihe „Fraktion vor Ort“ der SPD-Bundestagsfraktion in der Brauerei Keller in Miltenberg stellte ich mich Ende Oktober zusammen mit meinem Fraktionskollegen Jens Zimmermann (Groß-Umstadt) den Fragen der etwa 60 interessierten Besucher, unter ihnen zahlreiche Mittelständler.

Als Moderator fungierte der langjährige wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Heinz Kaiser. Gastreferent Peter Sickenberger, Direktor der Mittelstandsbank der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) erläuterte zu Beginn ausführlich die verschiedenen Förderprogramme, die speziell auf den Mittelstand und Kleinunternehmer zugeschnitten sind.

Mittelstand als Rückgrat

Einig waren sich die Podiumsteilnehmer, dass der Mittelstand das Rückgrat der Deutschen Wirtschaft ist und in besonderem Maße zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise beigetragen hat. In meiner Begrüßung blickte ich auf die aktuelle wirtschaftliche Situation in Deutschland und mahnte, trotz der leicht sinkenden Wachstumsprognosen nicht in Panik zu verfallen. Dazu besteht kein Grund.

In seinen Ausführungen bedauerte Jens Zimmermann, Mitglied des Finanzausschusses, die zurückgehende Gründerkultur in Deutschland. Er wünschte sich etwas mehr Mut, das Eigenkapital gelegentlich etwas riskanter zu investieren, wie man es in den USA kennt. Von großer Bedeutung wird die weitere Entwicklung unter dem Stichwort Industrie 4.0 sein, die durch intensive Vernetzung und Steuerung der verschiedensten Einrichtungen und Geräte in alle Lebensräume eingreifen wird. „Wir dürfen uns in Deutschland nicht zurücklehnen“, sagte Zimmermann und nannte als Beispiel die Entwicklung des Elektroautos, bei dem die USA führend seien. Breite Zustimmung fand die Aussage Zimmermanns, die Steuersituation in Europa zu vereinheitlichen, was allerdings nicht einfach sei. Es könne nicht sein, dass Konzerne wie Ikea in den Niederlanden firmieren und in Deutschland kaum Steuern bezahlen.

Am Streikrecht wird nicht gerüttelt

Ich wiederum ging in meinem Vortrag unter anderem auf die aktuelle Diskussion zum geplanten Gesetz zur Tarifeinheit ein. Der Gesetzentwurf soll bereits im Frühjahr in die erste Lesung gehen und steht für die Regelung: „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft, ein Tarif“. Es ist nicht einfach, die Rechte der Tarifpartner zu wahren und gleichzeitig durch das Aufkommen machtvoller Splittergewerkschaften eine Entsolidarisierung der Gesellschaft zu verhindern. Aber eines habe ich auch klar gemacht: Am Artikel 9 des Grundgesetzes, der das Streikrecht garantiert, wird nicht gerüttelt!

Aus dem
PARLAMENT

BERUFLICHE BILDUNG STÄRKEN

Die Stärke der deutschen Wirtschaft zeichnet sich durch ihr hohes Maß an Innovationsfähigkeit aus. Eine Ursache dafür liegt in unserer leistungsfähigen beruflichen Bildung, insbesondere in der dualen Berufsbildung. Sie ist weltweit als Schlüsselfaktor für Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und hohe Beschäftigungsquoten anerkannt.

Gleichzeitig können aber viele Unternehmen ihre freien Ausbildungsplätze nur schwer besetzen. Es gibt „Passungsprobleme“ zwischen den Ausbildungsangeboten und Ausbildungswünschen der jungen Erwachsenen, insbesondere zwischen Regionen und Branchen. Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist auf einem historischen Tiefstand.

Um zukunftsfähig zu bleiben, ist es daher wichtig, dass auch die berufliche Bildung stärker in den Blick genommen wird. Dafür will die SPD-Bundestagsfraktion die Berufsausbildung in Deutschland anpassen, u. a. an die Veränderungen der Produktions- und Arbeitswelt und an die Folgen der demografischen Entwicklung.

Berufsbildung modernisieren

In ihrem gemeinsamen Antrag schlagen die SPD- und CDU/CSU-Bundestagsfraktion verschiedene Maßnahmen vor, um die Inhalte und Rahmenbedingungen beruflicher Bildung für junge Menschen wie für bereits Erfahrene zu verbessern. Unter anderem fordern sie,

- den Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs 2010-2014 zur Allianz für Aus- und Weiterbildung fortzuentwickeln,
- eine Ausbildungsgarantie für alle Bewerberinnen und Bewerber anzustreben,
- bestehende Berufsbilder zu modernisieren,
- den Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Beschäftigung zu optimieren,
- die Durchlässigkeit zwischen der beruflichen und akademischen Ausbildung zu verbessern und
- die berufliche Aufstiegsfortbildung zu stärken (Meister-BAföG).

Die Regierung ist nun gefordert, in diesem Sinne aktiv zu werden.

Folge mir auf facebook (auch ohne facebook-Konto!): www.facebook.com/BerndRuetzelMdB

KLARTEXT

KARENZZEITEN ENDLICH GEREGELT!

Union und SPD haben sich auf feste Regeln für Politikerwechsel in die Wirtschaft geeinigt. Für ausscheidende Regierungsmitglieder soll künftig eine Karenzzeit von zwölf, in Sonderfällen von 18 Monaten gelten. Was unter Schwarz-Gelb nicht möglich war, haben wir nun endlich geregelt!

Bislang war es möglich, dass Spitzenpolitiker ohne Übergangsfrist in die Wirtschaft wechseln konnten. Aber: Ex-Spitzenpolitiker einer Regierung sollen nicht als Türöffner engagiert werden, weil sie über Kontakte und Insiderinformationen verfügen. Eine Karenzzeit-Regelung ist demnach korruptionsvorbeugend – auch wenn ich keinem etwas unterstellen will. Aber es gibt sicher immer irgendwelche Interessenskollisionen und diesen mussten wir endlich einen Riegel vorschieben. Die neuen Regelungen sind ein Beitrag zur politischen Kultur in unserem Land.

Er war längst überfällig.

Aus dem
PARLAMENT

WERKSTATTRÄTE-KONFERENZ: NICHTS ÜBER UNS OHNE UNS

Zum neunten Mal hat am 13. Oktober die Werkstatträtekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion mit über 220 Teilnehmern stattgefunden. Die Werkstatträte vertreten in den rund 700 Werkstätten mit ca. 2600 Betriebsstätten für Menschen mit Behinderungen die Interessen der über 300.000 Beschäftigten. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Arbeit der Werkstatträte mit der jährlichen Konferenz.

Rückblick: Im März war Verena Bentele, Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, bei uns vor Ort. Hier besuchten wir die Mainfränkischen Werkstätten in Wernfeld, um uns über die Arbeit der Menschen dort zu informieren.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann wies in seinem Grußwort auf zentrale Botschaften im Koalitionsvertrag von SPD und Union hin: Erste Botschaft sei die Leitidee der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen: Nichts über uns ohne uns. „Das soll verdeutlichen, dass die Leitidee der Politik der Bundesregierung für Menschen mit Behinderungen eine inklusive Gesellschaft ist“, sagte Oppermann. Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen mit und ohne Behinderungen. Bildung und Arbeit sind dabei der wichtigste Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung. Die Große Koalition unterstützt deshalb die Bundesländer und entlastet sie finanziell bei den Kosten für das BAföG, damit sie in die frühe Förderung von Kindern und in inklusive Schulen investieren können. Die zweite Botschaft ist die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt.

Echte Wahlmöglichkeiten schaffen

Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, bezeichnete die Werkstatträte als Experten in eigener Sache. Dennoch müssten sie für ihre Anerkennung bei den Werkstattleitungen immer wieder kämpfen. Beim inklusiven Arbeitsmarkt will Nahles „einen großen Schritt nach vorne machen. Menschen mit Behinderungen sind oft gut ausgebildet, hochmotiviert, und sie bleiben einem Unternehmen, in dem sie sich wohlfühlen, gerne treu“, sagte die Ministerin. Es sei höchste Zeit, dass diese Stärken erkannt werden.

Menschen mit Behinderungen sollten wählen können, ob sie in einer Werkstatt oder in einem Unternehmen auf dem regulären Arbeitsmarkt arbeiten. Ebenso wichtig ist eine bessere Durchlässigkeit von den Werkstätten in den regulären Arbeitsmarkt und umgekehrt.
Daran werden wir in den kommenden Monaten arbeiten.

Mindestlohn kann für Werkstätten nicht gelten

Nahles ging auch auf die Kritik ein, dass der Mindestlohn in den Werkstätten nicht gilt. Sie stellte klar, dass die Beschäftigten in den Werkstätten nicht die gleichen Pflichten wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hätten. Das betreffe die Arbeitszeit, die Arbeitsleistung und auch die

Aus dem
PARLAMENT

Weisungsgebundenheit. Zudem gebe es eine Sonderstellung für Menschen mit Behinderungen bei der Rente. Diese Regelungen wären „aufs Spiel“ gesetzt worden, wenn der Mindestlohn in den Werkstätten eingeführt worden wäre.

Als wichtige Aufgaben für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales nannte Nahles die Erarbeitung des Bundesteilhabegesetzes bis zum Jahr 2016 sowie die Weiterentwicklung der Werkstatträtemitwirkungsverordnung, die bereits im Herbst 2015 in Kraft treten soll.

Wechsel auf regulären Arbeitsplatz vorbereiten und begleiten

Deutlich wurde, dass der Wechsel von einer Werkstatt auf einen regulären Arbeitsplatz noch sehr selten ist. Das liegt daran, dass Menschen mit Behinderungen Stress und zu hohe Anforderungen befürchteten. Aber Werkstatt-Beschäftigte würden auch stigmatisiert, weshalb Unternehmen sie häufig nicht einstellten. Deshalb sollten Beschäftigte besser auf den Wechsel auf einen regulären Arbeitsplatz vorbereitet und dabei begleitet werden.

Immer aktuell:
www.bernd-ruetzel.de

MIT DER BAHN ZU BRANDT UND BUNDESTAG

Standesgemäß ging es am Dienstagmorgen, den 21.10., los: Die 50 Gäste aus dem Raum Aschaffenburg, Miltenberg, Main-Spessart und Würzburg stiegen in Würzburg in den Zug und fuhren nach Berlin. Sie verbrachten dort vier Tage auf meine Einladung hin. Die meisten Besuchergruppen fahren mit dem Bus in die Hauptstadt, nicht so meine. Als Bahner ist es für mich selbstverständlich, dass wir mit der Bahn fahren. Das geht schneller, ist bequemer und kommunikativer, falls nicht gestreikt wird.

In Berlin dann ging es weiter mit dem Bus vier Tage quer durch die Hauptstadt. Am letzten Tag dann war nochmal die Bahn Thema – im Bahn-Tower am Potsdamer Platz, wo ich ein Gespräch mit der DB AG im 21. Stock möglich machte.

Der Ausblick auf Berlin war atemberaubend und die Gruppe konnte von dort sehen, wo sie in den vier Tagen überall war: Reichstag, Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Willy-Brandt-Haus der SPD und Tränenpalast am Reichstagsufer.

Neben einer ausführlichen Stadtrundfahrt, einem Besuch in der „Bayerischen Botschaft“ und einem politischen Gespräch mit Rützel gab es auch viel freie Zeit, um Berlin auf eigene Faust zu erkunden.

Nach vier Tagen, vollgepackt mit vielen Eindrücken, interessanten Gesprächen und Hintergrundinformationen, die „normale“ Berlinbesucher so gar nicht mitbekommen, ging es dann am Freitag zurück nach Würzburg – natürlich mit der Bahn.

Aus dem PARLAMENT

Congress-Bundestag Youth Exchange
FOR YOUNG PROFESSIONALS

LISAS POST AUS DEN USA

Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – diese spannende und einzigartige Kombination bietet das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). In 2014 mit dabei: Lisa Bonengel aus Wiesthal.

„Let's Go Royals!" – Das ist momentan der meistverbreitete Ausruf in Kansas City. Das royalblaue Baseball-Team hat es das erste Mal seit 29 Jahren wieder in die World-Series geschafft. Der finale Gegner sind die San Francisco Giants und eigentlich wurden beide Teams nicht einmal als Favoriten gehandelt. Keine große Sache könnte man meinen? Nicht für die Amerikaner. Jeden hat das Royals Fieber gepackt und es gibt kein anderes Gesprächsthema mehr. Leute tragen nur noch Royals-Fankleidung und College-Klassen sind für Spiele verkürzt; es gibt Einkaufsrabatte auf blaue Gegenstände und blau-gefärbtes Wasser plätschert aus allen Brunnen der Stadt. Selbst mein Marketing-Projekt im College handelt von den Royals. Erinnert Euch nur an die Begeisterung der letzten Fußball WM und Ihr bekommt eine kleine Vorstellung darüber, was hier eigentlich im Moment los ist.

„Let's Go Royals!" - This is the most common exclamation at the moment in Kansas City. The royal blue baseball team has made it to the World Series for the first time in 29 years. Their opponent is the San Francisco Giants. Both teams were considered the least likely to make it. No big deal, you might think? Not for Americans. Everyone has Royals fever, this is the only topic of conversation, and people carry Royals paraphernalia. College classes are shortened for games; shopping discounts are given on blue items; Kansas City's fountains spray blue water. Even the project in my marketing class is about the Royals. Just remember the excitement about the soccer World Cup last summer, and you might catch a bit of Kansas City Royals fever.

Alle bisher erschienene Berichte von Lisa unter www.bernd-ruetzel.de im Newsletter-Archiv!

Vor Ort in UNTERFRANKEN

CHEF DER BAYERISCHEN AGENTUREN FÜR ARBEIT ZU GAST IN MEINEM BÜRGERBÜRO

Mitte Oktober konnte ich Ralf Holzwart, den Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Regionaldirektion Bayern, und Harald Maidhof, den Leiter der Agentur für Arbeit in Aschaffenburg, zu einem Informationsaustausch in meinem Wahlkreisbüro in Gemünden begrüßen.

Dabei tauschten wir uns über altersgerechte Arbeitsplätze, die Möglichkeiten zum flexiblen Renteneintritt und die Notwendigkeit aus, dass sich möglichst alle Beschäftigten im gesamten Berufsleben weiterbilden. Darüber hinaus berieten wir über die Lage von Langzeitarbeitslosen und diskutierten unterstützende Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Betroffenen in den Arbeitsmarkt und staatliche Alternativangebote.

HERBSTMARKT GEMÜNDEN

Herbstmarkt in Gemünden: Der SPD Ortsverein backt nicht nur Crêpes, sondern sammelt auch Unterschriften gegen die Stromtrasse durch Main-Spessart. Die Innenstadt ist voll und es ergeben sich gute Gespräche. Beispielsweise mit dem Vorsitzenden des Unterfränkischen Brennerverbandes Hubert Fröhlich und dem Willy Brandt Medaillenträger Hubert Schuster.

AL GHUSAIN NEUER CHEF IN WÜRZBURG

Muchtar Al Ghusain ist neuer SPD Chef der WürzburgSPD. Herzlichen Glückwunsch, lieber Muchtar, und Danke, lieber Eberhard Grötsch, für die tolle Arbeit. Laura Wallner wurde zur geschäftsführenden Stellvertreterin gewählt. Glückwunsch, liebe Laura. Meine Unterstützung hat die WürzburgSPD.

Ich habe zum Thema „Koalitionen der Zukunft“ gesprochen. Das Thema Tarifeinheit stand im Mittelpunkt.

VORTRAG BEI 60PLUS

Die 60plusser im Landkreis Würzburg hatten mich zu ihrer Sitzung eingeladen. Ich referierte über aktuelle Themen und stellte mich den diskussionsfreudigen und überaus rüstigen Seniorinnen und Senioren.

Folge mir auf facebook (auch ohne facebook-Konto!): www.facebook.com/BerndRuetzelMdB

Vor Ort in UNTERFRANKEN

WIRTSCHAFTSEMPFANG MIT MSP/MIL IN BERLIN

Jedes Jahr veranstaltet die SPD-Bundestagsfraktion einen Wirtschaftsempfang im Bundestag. Ich habe drei Vertreter der Wirtschaft aus MSP/MIL eingeladen: Alexander Starz von der AOK, Werbefachmann Marc Büttner und Dr. Heinz Kaiser vom Wirtschaftsclub der BayernSPD.

TTIP-DISKUSSION IM LANDESVORSTAND

In München tagte am 18. Oktober der SPD Landesvorstand, als unterfränkischer Bezirksvorsitzender war ich mit dabei. Thema: TTIP - mit Bernd Lange, dem Vorsitzenden des Handelsausschuss im Europäischen Parlament. Erstmals wurde die Debatte live im Internet übertragen. Wir haben bei diesem wichtigen Thema für Transparenz gesorgt.

Das Video gibt es auf **bayernspd.de**! Reinklicken!

GEDENKEN AN JÜDISCHEN SOLDATEN

Die Namensreihen der in den beiden Weltkriegen gefallenen Soldaten in der Kapelle des Gemündener Ehrenfriedhofs am Einmalberg wurden ergänzt. Mit einer von der Gemündener Firma Ziegler Industrieelektronik gestifteten kleinen Zusatztafel gedenkt die Stadt ihrem im Ersten Weltkrieg gefallenen jüdischen Mitbürger Sigmund Sichl.

Bürgermeister Jürgen Lippert und die Vorsitzende des Historischen Vereins Gemünden und Umgebung, Lotte Bayer, hängten mit mir zusammen die Gedenktafel auf. Danke allen Beteiligten!

Bereits 1999 hatte Kreisheimatpfleger Bruno Schneider zusammen mit dem Historischen Verein einen Vorstoß beim Bezirksvorstand des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge unternommen, die große Gedenktafel für Kriegsopfer der Stadt in der Kapelle um die Namen gefallener jüdischer Soldaten zu ergänzen.

Weil die Daten wahrscheinlich vom ehemaligen Denkmal aus der Nazizeit übernommen wurden, war kein jüdischer Name eingetragen. Diese Bemühungen verliefen allerdings im Sand, unter anderem mit der Begründung, dass kein zusätzlicher Platz vorhanden sei. Vor einigen Wochen nahm ich das Thema wieder auf und wandte mch direkt an die Landesleitung des Volksbundes in München, der dazu sein Einverständnis gab.

Vor Ort in UNTERFRANKEN

Zunächst ging man von fünf Gefallenen aus, aber nachfolgende Recherchen durch Bruno Schneider und den in der Heimatgeschichte engagierten Langenprozelteners Ulf Fischer ergaben, dass im jüdischen Zentralregister nicht zwischen den verschiedenen Gemünden in Deutschland unterschieden wurde.

Aus Gemünden am Main stammte nur Sigmund Sichl. Nach der weiteren Klärung der richtigen Schreibweise und der genauen Geburts- und Todesdaten fertigte die Firma Ziegler mit Laserstrahltechnik eine Edelstahltafel, die rechtzeitig zum Volkstrauertag angebracht wurde.

Bei der Präsentation dankte ich daher der Firma Ziegler für die spontane Bereitschaft die Tafel zu fertigen und zu stiften. Es ist für die Gesellschaft und eine Kommune wichtig, lückenlos und ohne Vorbehalte gute Erinnerungskultur zu pflegen. Leider sei das auch heute noch nicht überall selbstverständlich, wie es erst kürzlich beim evangelischen Dekanatskirchentag in Gemünden durch Fürst Albrecht Castell-Castell zum Ausdruck gebracht wurde.

Bürgermeister Jürgen Lippert bedankte sich ebenfalls und lobte das Engagement aller Beteiligten, die als Bürger dafür Sorge getragen haben, das Gedenken an alle Gefallenen der Stadt würdevoll und in angemessener Form zu gewährleisten.

Die Tafel trägt neben dem Siebenarmigen Leuchter als Symbol für den jüdischen Glauben in Großbuchstaben den Text: „Die Stadt Gemünden gedenkt ihres im Ersten Weltkrieg gefallenen jüdischen Mitbürgers, des Soldaten Sigmund Sichl, geboren am 9. März 1881, gefallen am 30. April 1918.“

NEUES VOM PRAKTIKANTEN

Nach vier Wochen in Berlin habe ich nun noch zwei Wochen in Gemünden verbracht, um dort einen Einblick in die wichtige Wahlkreisarbeit des Bundestagsabgeordneten zu bekommen und in seinem Bürgerbüro mitzuarbeiten.

Und: Es hat sich wirklich gelohnt, denn die Arbeit vor Ort unterscheidet sich doch deutlich von dem, was in der Bundeshauptstadt passiert; die Anliegen der Menschen sind andere. Während es in Berlin um die großen Linien geht, geht es hier um ganz konkrete Alltagsprobleme, Nöte und Sorgen.
Ich bin deshalb sehr froh, dass ich dieses erkenntnis- und abwechslungsreiche Praktikum machen konnte und bedanke mich sehr herzlich beim „Chef“ und den netten Kolleginnen und Kollegen sowohl in Berlin als auch in Gemünden für die schöne Zeit, die ich als Gewinn für mich verbuchen darf!

Benedikt Streun